

Stand: 09.05.2025 10:50:59

Initiativen auf der Tagesordnung der 19. Sitzung des OD

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5470 vom 01.03.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6539 des OD vom 25.03.2025
3. Initiativdrucksache 19/5677 vom 10.03.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Dr. Ute Eiling-Hütig, Alfred Grob, Steffen Vogel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Volker Bauer, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Björn Jungbauer, Manuel Knoll, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Tanja Schorer-Dremel, Martin Stock, Peter Tomaschko, Kristan Freiherr von Waldenfels CSU

Erleichterungen im Beurteilungswesen schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die breit angelegten Bemühungen der Staatsregierung zur Entbürokratisierung, insbesondere auch im Bereich der Schulen, damit die bayerischen Lehrkräfte wieder mehr Zeit für die primär pädagogische Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern haben.

Auch die Schulleitungen und ihre Teams sollten sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der extrem hohe Aufwand, den das Beurteilungswesen mit sich bringt, reduziert werden kann.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu berichten, in welcher Weise eine Reduzierung des Beurteilungsaufwands möglich erscheint und welche Rechtsnormen hierzu jeweils angepasst werden müssen.

Begründung:

Der Landtag und die Staatsregierung haben sich zum Ziel gesetzt, mit neuem Schwung und weniger Bürokratie Verantwortung und Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu schaffen. Das Leben der Menschen in Bayern soll einfacher gemacht werden. Mit dem Ersten und dem Zweiten Modernisierungsgesetz Bayern wurden bereits umfangreiche Entbürokratisierungsmaßnahmen getroffen, unter anderem im Beurteilungswesen.

Im Rahmen der Entbürokratisierungsaktion hat sich das Staatsministerium für Unterricht und Kultus an den Hauptpersonalrat und die Schulaufsicht gewandt und um Vorschläge zur Entbürokratisierung in Abstimmung mit den Schulleitungen und Lehrkräften gebeten. Im Anschluss wurden die gesammelten Vorschläge überprüft und sollen voraussichtlich im Dezember 2024 auf der Homepage des Staatsministeriums präsentiert werden. In der Folge soll über weitere Umsetzungsmöglichkeiten und -schritte fortlaufend informiert werden.

Gemäß dem Motto „Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Zeit für die Kinder!“ soll nun auch überlegt werden, ob das Beurteilungswesen weiter reformiert werden kann, um mehr Freiräume zu schaffen und bürokratische Hindernisse abzubauen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber
u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Dr. Ute Eiling-Hütig, Alfred Grob, Steffen Vogel u.a. CSU
Drs. 19/5470**

Erleichterungen im Beurteilungswesen schaffen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Christian Lindinger**
Mitberichterstatter: **Arif Taşdelen**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 25. März 2025 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Martin Brunnhuber
Vorsitzender



Antrag

des Abgeordneten **Jörg Baumann AfD**

Abbau von Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Abbau von Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei mit aller Kraft zu unterstützen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sowohl im zuständigen Ausschuss mündlich als auch dem Landtag schriftlich über folgende Punkte zu berichten:

- Auf welche Umstände wird der enorme Anstieg der Mehrarbeitsstunden bei den bayerischen Polizeibeamten in den letzten Jahren zurückgeführt?
- Wie ist aktuell und in Zukunft die Einschätzung der Gefährdungs- und Sicherheitslage und steht zu erwarten, dass sich die Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei anhand dieser Kriterien ohne massive Gegenmaßnahmen in naher Zukunft reduzieren werden?
- Wie viele Polizeibeamte wären zusätzlich nötig, damit sich die Zahl der Mehrarbeitsstunden deutlich reduziert?
- Ist zu erwarten, dass die notwendige Schaffung von zusätzlichen Stellen bei der Bayerischen Polizei auch umgesetzt werden kann?
- Wie soll sichergestellt werden, dass in Zukunft längere Zeiträume ohne Erholungsphasen durch langfristiges Hinausschieben hoher Stundenstände bei der Bayerischen Polizei unterbunden werden?
- Wie soll in Zukunft sichergestellt werden, dass bei der Bayerischen Polizei verstärkt auf eine ausgeglichene Dienstplanung geachtet wird?
- Welche anderen Anstrengungen werden unternommen, damit die Zahl der Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei zügig abgebaut werden kann?
- In welchem Zeitraum können die vorgesehenen Maßnahmen zum Abbau der Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei umgesetzt werden?

Begründung:

Laut Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 13. Februar 2025 auf die Schriftliche Anfrage vom 16. Januar 2025 zu den Mehrarbeitsstunden der bayerischen Polizeibeamten zeigt sich, dass sich diese enorm erhöht haben. Waren es 2019 noch 2 305 104 Mehrarbeitsstunden, 2020 noch 2 051 930 Mehrarbeitsstunden und 2021 noch 2 420 092 Mehrarbeitsstunden, so stieg die Zahl der Mehrarbeitsstunden im Jahr 2022 sprunghaft auf 3 273 657 an und blieb auch 2023 mit 3 152 679 konstant hoch. Das zeigt, dass die Mehrarbeitsstunden von 2019 im Vergleich zu 2023 um fast 1 000 000 angestiegen sind. Das ist eine Zahl, die so nicht bleiben und weder der Bevölkerung noch den jeweiligen Beamten vermittelt werden kann. Die Mehrarbeitsstunden pro Beamten sind ebenfalls von 72 (2019) auf 93 (2023) drastisch gestiegen.

Ein Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) sagte bereits im November 2022 im Polizeispiegel, dass sich wie ein roter Faden seit Jahren das Thema Überstundenstände bei der Bayerischen Polizei durchziehe. Und das vor allem in eine Richtung, stetig nach oben. Jedes Jahr werde das Allzeithoch an Mehrarbeitsstunden um ein Vielfaches überschritten und ein neuer Rekord aufgestellt. Er stellt die Frage, wann endlich Schluss damit sei. Seither gab es immer wieder Versprechungen durch die Staatsregierung, doch wie die oben angeführten Zahlen belegen, handelte es sich dabei eben nur um leere Versprechungen.

Im Hinblick auf die stetig steigende Arbeitsbelastung der bayerischen Polizeibeamten und die negativen gesundheitlichen Folgen ist eine Reduzierung der Mehrarbeitsstunden dringend und schnell erforderlich. Dazu braucht es ein schlüssiges Konzept der Staatsregierung.